



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Tunesien – Januar bis Juni 2025

30. Juni 2025

10. März 2025

Eröffnung eines Massenprozesses gegen Oppositionelle

Am 04.03.25 begann ein Massenprozess gegen etwa 40 prominente Oppositionelle. Der Prozess ist nach Ansicht von Rechtsbeiständen, Angehörigen und Menschenrechtsgruppen politisch motiviert.

Bei den Angeklagten handelt es sich um Personen aus den Bereichen der Diplomatie, Politik, Justiz, Wirtschaft und Medien, die sich kritisch gegenüber Präsident Kaïs Saïed geäußert haben. Einige von ihnen befinden sich seit mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft, andere sind ins Ausland geflohen. Zu den Anklagepunkten zählen u.a. „Verschwörung gegen die Staatssicherheit“ und „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung“.

Bei einer Verurteilung könnte einigen der Angeklagten laut Anwälten die Todesstrafe drohen, die jedoch aufgrund eines Moratoriums seit dem Jahr 1991 nicht mehr vollstreckt wurde. Der Richter vertagte die Verhandlungen auf den 11.04.25.¹

31. März 2025

Regierung verkündet Ausstieg aus dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte

Laut Medienberichten verkündete die Regierung am 20.03.25 die bereits am 07.03.25 kommunizierte Rücknahme ihrer Anerkennung des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschen- und Völkerrechte.

Eine Begründung für diese Entscheidung wird in dem Schreiben nicht genannt und auch sonst äußerte sich die Regierung bisher nicht öffentlich dazu. Tunesien hatte das Gericht erst 2017 anerkannt, nachdem es zunächst als einzige erfolgreiche Demokratie aus dem Arabischen Frühling hervorgegangen war. Wirksam wird der Ausstieg erst nach Ablauf einer Frist von einem Jahr am 07.03.26.

Der Ausstieg aus dem Gericht, das mit der Durchsetzung der Menschenrechtscharta der Afrikanischen Union beauftragt ist, bedeutet im Wesentlichen, dass tunesische Einzelpersonen und NGOs dort keine Klagen gegen Menschenrechtsverletzungen seitens tunesischer Behörden mehr einreichen können werden, was in den letzten Jahren mehrfach vorkam. So hatten z.B. im Mai 2023 die Angehörigen von vier inhaftierten Oppositionellen, darunter der Vorsitzende der Ennahdha-Partei, Rached Ghannouchi, beim Afrikanischen Gerichtshof eine Klage eingereicht, in der sie ihre Freilassung forderten. Im August 2023 forderte das Gericht die tunesischen Behörden auf, Inhaftierte nicht länger daran zu hindern, ihre Anwälte und Ärzte zu kontaktieren. Zuvor hatte das Gericht Tunesien bereits mehrfach zur Rücknahme einer Reihe von Dekreten und zur Rückkehr zu einer verfassungsgemäßen demokratischen Ordnung aufgefordert.

Menschenrechtsorganisationen verurteilten die Entscheidung als einen weiteren Rückschritt der Rechtsstaatlichkeit unter Präsident Kais.²

07. April 2025

Räumung illegaler Flüchtlingslager angekündigt

Die Behörden kündigten am 04.04.25 den Beginn einer Evakuierungsaktion illegal errichteter Flüchtlingslager in der Provinz Sfax an, in denen nach Schätzungen mehr als 20.000 afrikanische Migrantinnen und Migranten aus Ländern südlich der Sahara leben.

Laut dem Sprecher der Nationalgarde, Houssam Eddine Jebabli, habe die Operation in den Gebieten al-Amra und Jebeniana bereits am 03.04.25 mit der Räumung des größten Lagers begonnen, in dem ca. 4.000 Menschen untergebracht gewesen seien. Er betonte, dass die Evakuierung „friedlich und ohne Eingreifen der Sicherheitskräfte“ unter Beteiligung von Teams des Roten Halbmonds, des Gesundheitsministeriums und der Katastrophenschutzbehörde durchgeführt würde. Vulnerable Personen würden medizinische Hilfe erhalten. Es wurden keine Angaben dazu gemacht, wohin die Migrantinnen und Migranten nach der Räumung der Lager gebracht werden sollen. Medienberichten zufolge sollen andere Unterkünfte für die Menschen bereitgestellt werden, die über verschiedene Regionen des Landes verteilt sind, bis sie freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Es gibt jedoch auch Berichte, wonach Migrantinnen und Migranten an die algerische Grenze in die Wüste gebracht und dort zurückgelassen würden.³

14. April 2025

Fortführung des Massenprozesses gegen inhaftierte Oppositionelle, Demonstrationen in Tunis

Am 11.04.25 wurde der zuletzt bei der Eröffnung am 04.03.25 vertagte Prozess gegen 40 prominente Oppositionsangehörige (vgl. BN v. 11.03.25), denen die Regierung Vergehen gegen die Staatssicherheit und Terrorismus vorwirft, wieder aufgenommen.

Die Anhörung sollte entgegen der Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, Vertretenden der Opposition und der Angeklagten selbst, von denen einige kürzlich in einen Hungerstreik getreten sind, per Videoschalte stattfinden; dem Gericht zufolge aus Sicherheitsgründen. Rechtsbeistände der Angeklagten betonten, dies verstoße gegen das Recht ihrer Mandanten auf einen fairen Prozess. Tunesischen NGOs sowie Journalistinnen und Journalisten wurde der Zutritt zum Anhörungssaal verweigert, von den Angehörigen der Angeklagten wurde nur jeweils eine Person eingelassen. Delegierten westlicher Botschaften und internationaler Organisationen wurde der Zugang gestattet.

Im Vorfeld fanden am 09.04.25 in der Hauptstadt Tunis zwei separate Protestkundgebungen mit jeweils mehreren Hundert Teilnehmenden statt. Die Anhängerinnen und Anhänger zweier Oppositionsparteien, der Destur-Partei und des Bündnisses Nationale Heilsfront, kritisierten den Prozess als politische Instrumentalisierung der Justiz unter der zunehmend autoritären Herrschaft von Staatsoberhaupt Kais Saied und forderten die Freilassung inhaftierter Oppositioneller und regierungskritischer Medienschaffender.⁴

28. April 2025

Regierungskritische Demonstrationen nach Einsturz eines Schulgebäudes mit drei Toten

Der Einsturz einer maroden Mauer eines Schulgebäudes in der zentral gelegenen Stadt Mazzouna führte am 14.04.25 zum Tod von drei Schülerinnen und Schülern. Zwei weitere Personen wurden bei dem Vorfall schwer verletzt, wie der Zivilschutz mitteilte.

Am darauffolgenden Tag versammelten sich hunderte Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt in der Nähe des Hauptquartiers der Nationalgarde zu Protesten und forderten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem prangerten sie die allgemeine Vernachlässigung und den Verfall der alternden Infrastruktur des Landes an. Zeugen berichteten, dass die Demonstrierenden Autoreifen verbrannten, Straßen blockierten und ein Fahrzeug der Regierung demolierten. Alle Geschäfte und Schulen in der Gegend blieben laut Medienberichten geschlossen. Auch

in Tunis kam es zu Demonstrationen mit hunderten Teilnehmenden, wobei die Demonstrierenden regierungsfeindliche Slogans skandierten und den Rücktritt der Regierung forderten. Der Gewerkschaftsbund UGTT rief zu einem landesweiten Schulstreik auf, um gegen das „Versagen der Behörden, echte und ernsthafte Lösungen zur Rettung der öffentlichen Schulen zu finden“, zu protestieren.

Generell ist in den letzten Monaten ein starker Anstieg regierungskritischer Proteste zu verzeichnen, was Analysen zufolge Ausdruck „explosiver“ Unzufriedenheit insbesondere unter jungen Menschen aufgrund einer sich verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Krise sei. So kam es seit Jahresbeginn bereits zu mehreren Vorfällen, bei denen sich Tunesierinnen und Tunesier selbst öffentlich in Brand setzten und dabei starben, was Erinnerungen an die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17.12.10 in Sidi Bouzid weckt, die als unmittelbarer Auslöser für die Revolution in Tunesien und den Arabischen Frühling gilt.⁵

Urteilsverkündung im „Verschwörungsprozess“, lange Haftstrafen für Oppositionelle

Nach einem weiteren Verhandlungstag am 18.04.2025 verkündete ein Gericht in Tunis am 19.04.25 die Urteile in dem Massenprozess gegen 40 inhaftierte Oppositionelle sowie regierungskritische Medienschaffende und Geschäftsleute, denen die Staatsanwaltschaft „Verschwörung gegen die Staatssicherheit“ und „Terrorismus“ vorwirft (vgl. BN v. 10.03.25 u. 14.04.25).

Unter Berufung auf eine Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur TAP berichteten Medien zunächst, dass die Angeklagten, von denen sich einige bereits seit über zwei Jahren in Haft befinden, während sich andere ins Ausland absetzen konnten, zu Haftstrafen zwischen 13 und 66 Jahren verurteilt wurden. Spätere Berichte sprechen von Haftstrafen zwischen vier und 66 Jahren.

Außerdem wurde Ahmed Souab, einer der prominentesten Strafverteidiger in dem Fall, am frühen Morgen des 21.04.25 festgenommen, nachdem die Polizei seine Wohnung durchsucht hatte. Lokale Medien berichten, ihm werde vorgeworfen, „mit terroristischen Straftaten gedroht“ zu haben, nachdem er in einer Erklärung im Zuge der Urteilsverkündung die politische Einflussnahme auf die Justiz kritisiert hatte.

Präsident Kais Saied wird vorgeworfen, die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben, seitdem er 2021 das Parlament aufgelöst hat und per Dekret regiert. Auch den unabhängigen Obersten Justizrat löste er 2022 auf. Laut einem kürzlich von HRW veröffentlichten Bericht greift Tunesiens Regierung zunehmend auf willkürliche Inhaftierungen und politisch motivierte Strafverfolgung zurück, um Kritikerinnen und Kritiker einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Die Rechtsbeistände und Angehörigen der Verurteilten haben Medienberichten zufolge bereits angekündigt, Berufung gegen das Urteil einzulegen. In den Tagen nach der Urteilsverkündung kam es in der Hauptstadt Tunis erneut zu regierungskritischen Demonstrationen.⁶

05. Mai 2025

Demonstrationen in Tunis

Gegnerinnen und Gegner des Präsidenten Kais Saied protestierten am 01.05.25 nach einem entsprechenden Aufruf der Gewerkschaft UGTT und Angehöriger inhaftierter Oppositioneller in den Straßen von Tunis und warfen Saied vor, die Justiz und die Polizei zur Unterdrückung von Kritikerinnen und Kritikern einzusetzen. Mitglieder verschiedener politischer Fraktionen nahmen an der Kundgebung teil. Unterstützerinnen und Unterstützer von Präsident Saied versammelten sich zu einer Gegendemonstration. Die Bereitschaftspolizei sei Medienberichten zufolge in großer Zahl angerückt, um die Gruppen zu trennen. Zusammenstöße wurden nicht gemeldet.

Die tunesische Regierung sieht sich in den vergangenen Monaten verstärkt mit Protesten konfrontiert, welche die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie die Verfolgung und Inhaftierung

Oppositioneller, Medienschaffender und sonstiger Personen, die sich kritisch über Präsident Saied äußern, thematisieren (vgl. BN v. 14.04. u. 28.04.25).⁷

12. Mai 2025

Zweiter „Verschwörungsprozess“ gegen Oppositionelle eröffnet

Am 06.05.25 begann ein neues Verfahren gegen fast zwei Dutzend tunesische Oppositionelle, denen Verschwörung gegen die Staatssicherheit vorgeworfen wird, nur wenige Wochen nachdem in einem separaten Massenprozess fast 40 Angeklagte wegen ähnlicher Vorwürfe zu teils langen Haftstrafen verurteilt worden waren (vgl. BN v. 28.04.25). Der als „Verschwörung gegen die Staatssicherheit 2“ betitelte Prozess betreffe 22 Angeklagte, darunter den 83-jährigen Ennahda-Parteichef Rached Ghannouchi, der seit April 2023 inhaftiert ist und in einem anderen Verfahren bereits zu 22 Jahren Haft verurteilt wurde. Der ehemalige Premierminister Youssef Chahed und die ehemalige Leiterin des Präsidentschafts Nadia Akacha gehören laut Gerichtsunterlagen ebenfalls zu den Angeklagten. Den Angeklagten würden unter anderem Terrorismus, Anstiftung zum Mord und „Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates“ vorgeworfen.

Die fünfte Kammer für Terrorismusfälle am Gericht erster Instanz in Tunis habe beschlossen, die Verhandlung auf den 27. Mai zu vertagen. Ein Antrag auf Freilassung der Angeklagten sei abgelehnt worden, wie eine Justizquelle gegenüber der Nachrichtenagentur Tunis Afrique Presse angab.⁸

02. Juni 2025

Drei Umweltaktivisten zu Haftstrafen verurteilt

Mohamed Ali Trimi, Aktivist der Bewegung „Stop Pollution“ und Mitglied der tunesischen Vereinigung Damj, wurde am 28.05.25 zu vier Monaten Haft verurteilt. Zwei weitere junge Männer, Moez Rahji und Anas Chatouna, wurden zu Haftstrafen von jeweils zwei Monaten verurteilt. Die Aktivisten hatten am 23.05.25 in Gabès gegen die industrielle Umweltverschmutzung demonstriert, als Mohamed Ali Trimi sich laut den Angaben mehrerer Organisationen, die nach seiner Festnahme eine Erklärung veröffentlichten, in eine Auseinandersetzung zwischen Polizisten und einem Bürger einmischte.

Laut ihrem Anwalt Bassem Trifi, Präsident der Tunesischen Liga für Menschenrechte, wurden die drei Aktivisten auf Grundlage der Artikel 79 und 127 des Strafgesetzbuches wegen Teilnahme an einer als Gefahr für die öffentliche Ordnung eingestuften Versammlung und wegen Gewalt gegen einen Beamten angeklagt. Er betonte dagegen den friedlichen Charakter der Demonstration.

Tunesischen Menschenrechtsgruppen zufolge sind die Urteile gegen die drei Umweltaktivisten ein weiterer Ausdruck einer umfassenderen Dynamik: der zunehmenden Unterdrückung von Bürgerbewegungen unter Präsident Kais Saied, insbesondere wenn sie sensible Themen wie Umwelt oder sozioökonomische Rechte thematisieren. Zudem seien die Jugendlichen in Haft misshandelt worden, erklärte ein Sprecher der Gruppe.⁹

16. Juni 2025

Haftstrafe für Oppositionspolitikerin

Ein tunesisches Gericht verurteilte Abir Moussi, Vorsitzende der oppositionellen Freien Verfassungspartei und prominente Gegnerin des tunesischen Präsidenten Kais Saied, am 12.06.25 zu zwei Jahren Haft, weil sie die Wahlkommission kritisiert hatte. Die Verurteilung erfolgte auf der Grundlage des Präsidentschaftsdekrets Nr. 54, welches die Verbreitung von „Falschinformationen“ unter Strafe stellt.

Moussi ist seit ihrer Festnahme am Eingang des Präsidentenpalasts im Oktober 2023 im Frauengefängnis Manouba inhaftiert. Am 26.05.25 verbüßte sie eine erste 16-monatige Haftstrafe in einem Verfahren, das ebenfalls aufgrund einer Beschwerde der Wahlkommission eingeleitet worden war. Zudem wurde sie bereits im August 2024 in einem

anderen Verfahren auf Grundlage des Gesetzesdekrets Nr. 54 zu zwei Jahren Haft verurteilt, wobei die Strafe anschließend durch ein Berufungsgericht auf eineinhalb Jahre herabgesetzt wurde.

Nach Angaben der Tunesischen Liga für Menschenrechte von Ende Januar 2025 wurden etwa 400 Personen aufgrund des im September 2022 erlassenen Dekrets Nr. 54 strafrechtlich verfolgt, darunter auch Medienschaffende und einfache Bürgerinnen und Bürger.¹⁰

23. Juni 2025

Weitere Oppositionspolitiker zu langjährigen Haftstrafen verurteilt

Ein tunesisches Gericht hat am 20.06.25 den ehemaligen Präsidenten Moncef Marzouki, einen scharfen Kritiker von Präsident Kais Saied, der in Paris im Exil lebt, in Abwesenheit zu 22 Jahren Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, die staatliche Sicherheit untergraben zu haben. Es ist bereits das dritte Urteil gegen Marzouki, nachdem er im vergangenen Jahr zu acht Jahren Haft und zuvor in verschiedenen anderen Fällen zu vier Jahren Haft verurteilt worden war. Vier weitere Angeklagte in dem Verfahren, darunter sein ehemaliger Berater Imed Daimi und der ehemalige Vorsitzende der nationalen Anwaltskammer Abderrazak Kilani, die ebenfalls im Exil leben, wurden zu denselben Strafen verurteilt. Die Anklage stützte sich auf eine Pressekonferenz in Paris, bei der Marzouki zusammen mit Daimi und Kilani laut Medienberichten staatliche Institutionen und Mitglieder der tunesischen Justiz scharf kritisiert hatte.

Ebenfalls am 20.06.25 verurteilte ein anderes Gericht Sahbi Atig, einen hochrangigen Funktionär der Ennahda, der wichtigsten Oppositionspartei des Landes, wegen Geldwäsche zu 15 Jahren Haft, wie sein Anwalt mitteilte.

Die Justiz setzt damit ihr hartes Vorgehen gegen die politische Opposition und Kritiker von Präsident Kais Saied fort. Im April hatte ein Gericht eine Reihe von Oppositionsführern, Geschäftsleuten und Anwälten wegen Verschwörung zu Haftstrafen von bis zu 66 Jahren verurteilt (vgl. BN vom 28.04.25). Die meisten Führer oppositioneller Parteien sitzen im Gefängnis, darunter Abir Moussi, Vorsitzende der Freien Verfassungspartei, die erst kürzlich erneut zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde (vgl. BN vom 16.06.25), und Rached Ghannouchi, Vorsitzender der Ennahda, der zuletzt im Februar 2025 zu 22 Jahren Haft verurteilt wurde. Am 03.06.25 bestätigte ein Berufungsgericht eine zehnjährige Haftstrafe gegen Nouredine Bhiri, ehemaliger Justizminister und hochrangiger Funktionär der Ennahda. Bhiri war am 18.10.24 wegen eines Blogbeitrags verurteilt worden, in dem er dazu aufgerufen hatte, am Jahrestag der Januarrevolution zu protestieren.¹¹

Amnesty International: Repression von Gewerkschafts- und Umweltprotesten hat zugenommen

Laut einem am 17.06.25 veröffentlichten Bericht nahmen die Behörden vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten und einer sich verschärfenden Umweltkrise in den letzten fünf Jahren zunehmend Personen aus marginalisierten und verarmten Bevölkerungsschichten ins Visier, die friedlich gegen sozioökonomische und ökologische Missstände protestiert oder gestreikt haben. Zwischen Februar 2020 und Januar 2025 wurden demnach in diesem Kontext gegen 90 Personen Ermittlungen eingeleitet, 16 von ihnen seien festgenommen und für Zeiträume zwischen drei Tagen und 20 Monaten inhaftiert worden. Die Behörden stützten ihr Vorgehen dabei auf vage Vorwürfe der „Arbeitsbehinderung“ gemäß Artikel 136 und 107 des Strafgesetzbuches.¹²

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

1 BBC News, Mass trial begins of Tunisian president's opponents, last update 04.03.2025; Associated Press, Tunisia puts 40 opposition figures on trial. Activists say the move is politically motivated, last update 05.03.2025; Reuters, Trial of Tunisian opposition leaders postponed, last update 04.03.2025.

-
- 2 African Court Coalition, Tunisia withdraws article 34(6) declaration limiting direct access for individuals & NGOs to the African Court, last update 24.03.2025; Middle East Monitor, Tunisia withdraws from African Union human rights court, last update 23.03.2025; Arab News, Tunisia quits African Union rights court, last update 21.03.2025; Human Rights Watch, Tunisia's Withdrawal of Individuals' and NGOs' Access to the African Court Marks a Serious Setback for Human Rights Accountability, last update 27.03.2025; Inkyfada, Tunisia under scrutiny from the African Court on Human and Peoples' Rights, last update 22.09.2023.
 - 3 Middle East Monitor, Tunisian authorities begin evacuation of illegal migrant camps in Sfax province, last update 05.05.25; TAZ, Tunesien räumt Flüchtlingscamps: Neue Feindbilder in Nordafrika, last update 04.04.25; Info Migrants, NGO reports over 600 migrants deported to Tunisian desert, last update 24.03.25; Deutsche Welle, Tunisia: Thousands of migrants 'dumped' in the desert, last update 25.05.24.
 - 4 Mondafrique, Tunisie, la reprise du procès « complot contre la sûreté de l'État », last update 12.04.2025; Middle East Monitor, Tunisia's Ennahda, rights groups slam sham trial of opposition figures, last update 11.04.2025; Al Jazeera, Tunisia mass trial highlights opposition crackdown, weakening of judiciary, last update 10.04.2025; Deutsche Welle, Tunesien: Umstrittener Prozess gegen Kritiker und Aktivisten, last update 09.04.2025; Middle East Monitor, Tunisians protest against president as jailed politicians begin hunger strike, last update 09.04.2025; Reuters, Tunisians protest against president as jailed politicians begin hunger strike, last update 09.04.2025.
 - 5 Reuters, Protests erupt in Tunisian town after three students die in school wall collapse, last update 15.04.2025; The New Arab, Hundreds protest in Tunisia over deadly school wall collapse, last update 15.04.2025; Middle East Eye, Tunisia: Police clash with protesters after 3 students die in school wall collapse, last update 17.04.2025; Middle East Eye, Tunisia: Rise in protests shows 'explosive' discontent in the country, last update 21.03.2025.
 - 6 Tagesschau, Bis zu 66 Jahre Haft für tunesische Oppositionelle, last update 19.04.2025; Tagesschau, "Rückkehr in die Ära der politischen Gefangenen", last update 19.04.2025; Reuters, Tunisia hands lengthy prison terms to opposition leaders on conspiracy charges, last update 19.04.2025; AP News, Tunisian opposition figures sentenced to up to 66 years in prison, last update 19.04.2025; Middle East Eye, Tunisia opposition figures get lengthy prison terms in mass trial, last update 19.04.2025; Al-Monitor, Lawyers denounce 'fabricated' Tunisia trial of opposition, last update 19.04.2025; Le Monde, La Tunisie à l'heure de la « folie judiciaire », last update 25.04.2025; Human Rights Watch, Tunisia: Arbitrary Detention Crushes Dissent, last update 16.04.2025; Reuters, Tunisia detains prominent lawyer Souab, a critic of the president, last update 21.04.2025; Human Rights Watch, Tunisia: Harsh Sentences in 'Conspiracy Case' Sham Trial, last update 22.04.2025.
 - 7 Reuters, Tunisia leader's opponents, supporters stage rival rallies in sharp political split, last update 01.05.2025; Al-Monitor, Tunisia protesters demand freedom for jailed opposition, last update 01.05.2025; Middle East Monitor, Tunisia leader's opponents, supporters stage rival rallies in sharp political split, last update 02.05.2025; Al Jazeera, Tunisia leader Saied's opponents, supporters stage rival rallies, last update 01.05.2025.
 - 8 Middle East Monitor, Tunisia: Opposition denounces trial of politicians in 'conspiracy against state security' case, last update 06.05.2025; TRT Global, Tunisia puts more opposition figures on mass trial, last update 06.05.2025; Kapitalis, Tunisie: Les accusés dans l'affaire dite du complot n°2, last update 10.05.2025; La Presse, Affaire "Complot contre la sûreté de l'État 2" : Le tribunal reporte l'audience et rejette les demandes de libération, last update 06.05.2025.
 - 9 RFI, Tunisie: deux à quatre mois de prison pour trois activistes environnementaux, last update 02.06.2025; Business News, Indignation après la condamnation de trois jeunes écologistes à Gabès, last update 29.05.2025; The New Arab, 10 years in jail possible for Tunisian activist over Gabes pollution protest, last update 28.05.2025.
 - 10 Reuters, Tunisia sentences prominent opposition figure Abir Moussi to two years in prison, last update 12.06.2025; Jeune Afrique, En Tunisie, Abir Moussi condamnée à deux ans de prison par décret présidentiel, last update 13.06.2025; Le Monde, Tunisie : deux ans de prison pour l'opposante Abir Moussi en vertu d'un décret présidentiel, last update 13.06.2025.
 - 11 Reuters, Tunisia sentences ex-President Marzouki to 22 years in absentia, last update 21.06.2025; Reuters, Tunisian court hands 15-year sentence to opposition figure Sahbi Atig, last update 20.06.2025; Arab News, Exiled former Tunisia leader sentenced to 22 years: reports, last update 23.06.2025; The New Arab, Tunisian Court upholds 10-year sentence for former justice minister Nouredine Bhiri, last update 04.06.2025; Reuters, Tunisian court hands lengthy prison terms to top politicians, last update 05.05.2025.
 - 12 Amnesty International, Tunisia: "We were only asking for our rights and dignity": Obstruction charges used to punish peaceful assembly, last update 17.06.2025.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1824

Stand

06/2025

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de